

Presse

Zuber stellt ‚Kooperationskonzept‘ zum verbesserten Zeugenschutz vor Strafverfolgung /Menschenhandel

Im Rahmen einer Pressekonferenz stellte heute Innenminister Walter Zuber im rheinland-pfälzischen Landtag das ‚Kooperationskonzept zur Verbesserung des Schutzes gefährdeter Zeuginnen und Zeugen und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel‘ vor. Als erstes Bundesland werde Rheinland-Pfalz mit dem vorgestellten Konzept bundesweit beispielgebend den Schutz von Zeuginnen und Zeugen, die selbst Opfer geworden sind, erweitern und ergänzen, so der Innenminister. Rheinland-Pfalz habe bereits mit der Einbringung des Zeugenschutz-Harmonisierungsgesetzes, das vor gut zwei Jahren in Kraft getreten sei, wichtige Initiativen im Bereich des Zeugenschutzes ergriffen, und gehe nunmehr einen weiteren wichtigen Schritt im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Menschenhandels.

Das ‚Kooperationskonzept‘ zum Schutz der Opferzeuginnen und -zeugen sei gemeinsam mit dem Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend, dem Ministerium der Justiz, dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit, SOLWODI e.V. und der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände erarbeitet worden. Durch die Zusammenarbeit und Vernetzung von Strafverfolgungsbehörden, Ausländerbehörden, Sozialämtern, Fachberatungsstellen für Opfer des Menschenhandels und anderen mitbetreuenden Einrichtungen würden zukünftig die Probleme, die sich sowohl in rechtlicher Hinsicht als auch in der praktischen Umsetzung beim Schutz solcher Opferzeuginnen und Opferzeugen ergeben, gelöst werden können. Da die Finanzierung des Konzeptes durch die Schaffung eines speziellen Hilfsfonds im Innenministerium habe sichergestellt werden können, sei es zum 1.1.2004 in Kraft getreten, so Minister Zuber.

Mit diesem Konzept sei gewährleistet, dass diese Zeuginnen und Zeugen in geschützten Wohnungen oder Frauenhäusern untergebracht werden können. Der ausländerrechtliche Status werde geklärt, der Lebensunterhalt gesichert und es erfolge eine Beratung und Betreuung. Von entscheidender Bedeutung sei die Anonymisierung der Zeuginnen und Zeugen durch die jeweilige Zeugenschutzdienststelle, auch der Aufenthaltsort bliebe unbekannt. So könne verhindert werden, dass ihre früheren Zuhälter oder deren Komplizen sie auffinden und bedrohen könnten. So könne den Opferzeuginnen und -zeugen, die selten Anzeige erstatten, weil sie durch ihre Gewalterfahrung traumatisiert seien und weil sie aufgrund der oftmals illegalen Einreise oder wegen weggenommener Ausweispapiere den deutschen Behörden nicht vertrauten, der notwendige Schutzbereich geschaffen werden, der ihnen eine Aussage erst möglich mache. Gerade aber die unmittelbare Zeugenaussage der Opfer vor Gericht sei bei Delikten von Menschenhandel ausgesprochen wichtig, da die Anklage oft nur auf die Aussagen dieser Opfer gestützt werden könne, so Minister Zuber.

„Diese Menschen haben alle brutale Gewalt, Ausbeutung, die Verletzung ihrer elementarsten Menschenrechte und die vollständige Missachtung ihrer Menschenwürde erlebt“, so der Innenminister. Sie würden in einigen Fällen bereits im Heimatland zur Prostitution gezwungen und im Rahmen eines immer globaler agierenden Netzes von Zuhältern auch in Deutschland in Bordellen oder bordellartigen Betrieben ‚eingesetzt‘. Manche kämen freiwillig nach Deutschland, weil ihnen hier ein Job im Einzelhandel, Gaststättenbereich oder im Beherbergungsgewerbe angeboten würde. Nach ihrer in der Regel illegalen Einreise würden sie jedoch mit Gewalt zur Prostitution gepresst. Auch gäbe es sogar Fälle, in denen Familienangehörige oder angebliche Freunde die Frauen unter einem Vorwand mit nach Deutschland nähmen, um sie dann hier an

Zuhälter zu verkaufen oder selbst zur Prostitution zu zwingen.

„Menschenhandel, meist verbunden mit Zwangsprostitution, ist in Deutschland - und leider auch in Rheinland-Pfalz - ein gesellschaftliches Problem. Das neue ‚Kooperationskonzept‘ wird mit dem geschaffenen Netzwerk und mit seinen weitreichenden Zeugenschutzmaßnahmen den Opfern helfen und gleichzeitig die organisierte Kriminalität im Bereich des Menschenhandels verstärkt bekämpfen“, so Zuber abschließend.